

Die ignorierte Warnung

Covid-Krisenmanagement Das Bundesamt für Gesundheit redete die Corona-Risiken am Anfang der Pandemie klein. Neue Protokolle zeigen, dass interne Warner übergangen wurden.

Fabian Fellmann

Die Covid-Pandemie in der Schweiz scheint sich ihrem Ende zu nähern – gleichzeitig beginnt die Aufarbeitung der Schweizer Corona-Politik. Seit langem gibt es Hinweise, dass die Verantwortlichen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) die Gefahr zu Beginn unterschätzten. Nun belegen interne Dokumente erstmals, dass die Armee schon Anfang Februar 2020 realistisch einschätzte, wie die Pandemie die Schweiz überrollen würde. Doch sie fand nicht genug Gehör.

Aber der Reihe nach: Im Januar 2020 drangen erste Berichte über eine mysteriöse Lungenkrankheit im chinesischen Wuhan nach draussen. Am 25. Januar informierte das Bundesamt für Gesundheit über das neuartige Virus – und schaltete drei Tage später in den Beschwichtigungsmodus. «Im Moment muss die Bevölkerung in der Schweiz keine Angst haben», sagte Daniel Koch an der zweiten Corona-Medienkonferenz am 28. Januar 2020.

Die Botschaft kam an. «Bund relativiert Corona-Gefahr», titelte die NZZ. Als deswegen Epidemiologen den Bund kritisierten, tat sie Koch als Alarmisten ab. «Die Behörden setzen alles daran, dass das Virus nicht ausgebreitet wird», sagte er am 31. Januar. Ausserhalb von China handle es sich zurzeit nicht um eine Epidemie.

Koch übergang dabei mahnende Stimmen, die früh ein realistischeres Bild der Lage gezeichnet hatten. Amtsintern etwa schlug eine leitende Beamtin Ende Februar Alarm, wie diese Zeitung enthielt.

Neu ist die Erkenntnis, dass die Alarme bundesintern noch viel früher losgegangen waren: Der Oberfeldarzt schätzte die Situation oft genauer ein als seine Kolleginnen und Kollegen im Innendepartement, wie aus seinen Lagebulletins deutlich wird, in die diese Zeitung erstmals Einblick erhalten hat. Schon drei Tage nach Kochs Beschwichtigungen hielt Stettbacher am 3. Februar fest: «Das Risiko, dass Krankheitsfälle in die Schweiz importiert werden, ist hoch.»

«Schwere Fälle werden das Spitalwesen belasten»

Es sollte noch 21 Tage dauern, bis der erste Fall im Land bestätigt wurde. Doch für den Militärarzt bestand bereits damals kein Zweifel: «Aus Sicht des Oberfeldarztes ist die Verbreitung des 2019-nCoV nicht zu verhindern, sondern allenfalls zu verzögern. Mit einem Anstieg von Erkrankungen muss parallel oder im Nachgang zur aktuellen Grippeepidemie gerechnet werden. Schwere Fälle werden das Spitalwesen belasten.» Es ist das, was die Schweiz danach tatsächlich durchmachte.

In der Armee war das Virus generell früh ein Thema. Bereits vor dem 3. Februar war der erste Rekrut darauf getestet worden – negativ. Eine Rolle dürfte gespielt haben, dass die Armee offenbar schon Mitte Dezember 2019 erste «Vorwarnungen» auf «ein unklares Infektionsgeschehen» in Wuhan erhalten hatte. Das schreiben Forscher des Center for



Früh gewarnt: Für Soldaten galten Covid-Vorsichtsmassnahmen wie Maskenpflicht, bevor sie für den Rest der Bevölkerung eingeführt wurden. Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

Security Studies der ETH in einem Aufsatz im «Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik». Details dazu sind nicht in Erfahrung zu bringen, die Autoren verweisen auf vertrauliche Gespräche mit anonymen Armeevertretern.

Als das Coronavirus ab Mitte Februar in Norditalien ausser Kontrolle geriet, wartete das BAG zu. Der Oberfeldarzt hingegen notierte am 21. Februar: «Das Risiko, dass Sars-CoV-2 (...) in die Schweiz importiert wird, nimmt zu.» Drei Tage später hatte das Risiko bereits «erheblich» zugenommen. Für Armeeangehörige sei die Gefahr erhöht, sich südlich der Alpen anzustecken.

Noch am selben Tag sagte Koch in der BAG-Taskforce, Italien sei «zurzeit noch als lokaler Ausbruch zu behandeln», im Protokoll wird er zitiert mit: «Virus wird nicht so leicht übertragen wie Grippevirus, darum gute Aussichten, die Situation unter Kontrolle zu bringen.»

Anders der Oberfeldarzt, der den Bundesrat in ziviler Funktion bei gesundheitlichen Notlagen

Einblick in interne Protokolle

Dieser Artikel beruht auf den Covid-Lagebulletins des Oberfeldarztes. In diese internen Dokumente hat diese Zeitung, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, erstmals Einblick erhalten. Oberfeldarzt Andreas Stettbacher beschreibt darin zuhänden der Chefin des Verteidigungsdepartements die Corona-Situation. Die Bulletins decken den Zeitraum vom 3. Februar bis 28. Mai 2020 ab. (ffe)

«Das Risiko für die Bevölkerung ist weiterhin moderat.»

Pascal Strupler
Direktor BAG, 25. Februar 2020

berät. Wie er am 24. Februar festhielt, schickte er der Landesregierung ein Positionspapier mit Lagebeurteilung und «Empfehlungen für Massnahmen auf Stufe Bund» – mindestens fünf Tage bevor sich der Bundesrat zu den ersten Verbotensentscheidungen durchrang.

Wohl bereitete auch das Bundesamt für Gesundheit hinter den Kulissen Massnahmen vor. Doch öffentlich sagte Amtsdirektor Pascal Strupler am 25. Februar, als der erste Infizierte in der Schweiz positiv getestet wurde, damit habe man gerechnet, und: «Das Risiko für die Bevölkerung ist weiterhin moderat.» Am Tag darauf schrieb der oberste Militärarzt in sein internes Papier: «Das Risiko für eine Ausbreitung von Covid-19 in der Schweiz ist generell erhöht.»

Aus Sicht des Oberfeldarztes müsse davon ausgegangen werden, «dass sich bestätigte Fälle zuerst im Tessin, infolge der regen Reisetätigkeit jedoch auch bald in anderen Regionen der Schweiz und bei der Armee zeigen werden». Umgehend schränkte die Armee intern den Bewegungsradius ihrer Angehörigen ein: Rekruten im Tessin zum Beispiel

sollten für den Ausgang den Waffenplatz nicht mehr verlassen.

Für die Sanitätsverantwortlichen der Armee war klar, dass die Pandemie erst am Anfang stand. «Mit dem Verlust der Effizienz des Containments wird es zu einer länderweisen Strategieänderung kommen», notierte der Oberfeldarzt am Tag, als der Bundesrat Grossveranstaltungen verbot. Und er wiederholte, das Gesundheitswesen werde dermassen an den Anschlag gelangen, dass nicht mehr alle Patienten die übliche Pflege erhielten: «Der Fokus in den Schweizer Spitälern wird auf das Management der schweren Fälle gelegt werden müssen.»

Schon einen Tag später sah er sich bestätigt: «Es ist davon auszugehen, dass es in den nächsten 14 Tagen zu einem sprunghaften Anstieg der bestätigten Fälle in der Schweiz und in Europa kommen wird.» Als das eintrat, forderte der Oberfeldarzt am 13. März einen Eingriff des Bundesrats. «Restriktive Massnahmen sind dringend angezeigt, um starke Belastungsspitzen im Gesundheitswesen zu vermeiden.» Drei Tage später verhängte der Bundesrat den Ausnahmezustand.

Bundesverwaltung deckte sich mit Masken ein

Auf die kontroverse Maskendiskussion zu Beginn der Pandemie werfen die Lagebulletins des Oberfeldarztes auch ein neues Licht. Schon Anfang Februar hielten die Dokumente fest: «Im Falle eines Ausbruchs von 2019-nCoV in der Schweiz sind die bestehenden Reserven an Masken auf Bundesstufe (13,3 Millionen) rasch

«Das Risiko für eine Ausbreitung von Covid-19 ist generell erhöht.»

Andreas Stettbacher
Oberfeldarzt, 26. Februar 2020

aufgebraucht.» Die Armeepotheke versuche, Material nachzubestellen.

Noch während das Bundesamt für Gesundheit darauf beharrte, Private sollten sich keine Hygienemasken kaufen, deckte sich die Bundesverwaltung aus den Vorräten der Armeepotheke ein. Am 7. Februar hatten schon drei von sieben Departementen Bestellungen platziert – darunter das Innendepartement, zu dem auch das BAG gehört, und das Finanzdepartement. Das Aussendepartement hatte zu diesem Zeitpunkt die erste von mehreren Lieferungen bereits erhalten.

Vorsichtig blieb der Oberfeldarzt auch nach der ersten Welle, als viele Schweizer in einen sorgenlosen Sommer starteten: «Mit einem Anstieg der Infektionen und Krankheitsfälle ist möglicherweise in 3 bis 6 Wochen zu rechnen.» Es sollte etwas länger dauern, doch die zweite Welle sollte eintreffen, wie es Stettbacher beschrieb: «Sollten sich neue Ausbrüche nicht durch strenges Contact-Tracing kontrollieren lassen und entsprechende Gegenmassnahmen nur verzögert eingeleitet werden, könnte das Gesundheitswesen ein zweites Mal stark ge-

fordert und der Einsatz von Sanitätstruppen zur Unterstützung notwendig werden.» Den Höhepunkt der Welle erwartete er bis Ende August oder September; es wurde schliesslich November.

Ende Mai 2020 enden die Lagebulletins des Oberfeldarztes abrupt. Er habe der Departementschefin die Informationen auf andere Weise vermittelt, heisst es beim Verteidigungsdepartement. Warum seine Lagebeurteilungen nicht mehr Gehör fanden, ist offen.

Das BAG hält dazu fest, es habe die Lage ab Dezember 2019 aufmerksam verfolgt. «Die Entwicklung wurde von Beginn weg ernst genommen und die nötigen Arbeiten an die Hand genommen», sagt Mediensprecher Daniel Dauwalder. Die Taskforce des BAG habe am 24. Januar 2020 ihre Arbeit aufgenommen, danach seien in schnellem Takt laufend Massnahmen ergriffen und Politik und Bevölkerung informiert worden. «In der Taskforce des BAG, die damals dreimal pro Woche zusammenkam, war und ist der Oberfeldarzt immer anwesend und bringt seine Einschätzungen ein», sagt Dauwalder. «Alle Involvierten haben sich auf verschiedene Szenarien vorbereitet, darunter auch auf ein Worst-Case-Szenario mit einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems.»

Es liegt jedoch nahe, dass der Oberfeldarzt im Verteidigungsdepartement mehr Gehör fand als im Innendepartement: Seine Chefin, Viola Amherd, setzte sich während der Corona-Krise im Bundesrat immer wieder für strengere Massnahmen ein.